

**Schweizerische Volkspartei (SVP)**

# **Jahresbericht**

**2005**



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort .....	5
I. Erfolgsbilanz .....	7
1. Das Jahr 2005 im Rückblick .....	7
2. Vorstösse der SVP-Fraktion .....	19
3. Vernehmlassungsantworten der SVP .....	19
4. Positionspapiere der SVP .....	21
5. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen.....	21
6. Internet .....	22
II. Parteiorgane .....	23
1. Delegiertenversammlung.....	23
2. Zentralvorstand.....	25
3. Leitender Ausschuss .....	29
4. Büro des Leitenden Ausschusses .....	30
5. Generalsekretariat .....	30
6. Fraktion der Bundesversammlung.....	31
III. Eidgenössische Volksabstimmungen .....	34
IV. Vertretung der SVP in den Kantonsparlamenten.....	35
V. Die SVP-Kantonalsektionen online .....	36



## VORWORT



Über 450'000 Unterschriften sammelten die SVP-Sektionen in den vergangenen drei Jahren – eine rekordverdächtige Zahl. Auch das Jahr 2005 begann mit Unterschriftensammlungen: Die Referenden gegen das Schengener Abkommen und die Erweiterung der Personenfreizügigkeit standen auf der Traktandenliste. Die Referenden kamen mit glänzenden Resultaten zustande. Die Abstimmungen jedoch gingen leider verloren; nur 46, respektive 45 Prozent der Stimmbürger folgten den Parolen der SVP. Damit ist klar: Auch in Zukunft braucht es eine starke SVP, welche sich für die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz einsetzt.

Einen weiteren politischen Vorstoss von hoher Bedeutung reichte die SVP mit der „Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen“ ein. Diese Initiative, die Ende November mit über 103'017 beglaubigten Unterschriften bei der Bundeskanzlei deponiert worden ist, will die demokratischen Rechte der Stimmbürger auch bei Einbürgerungsentscheiden sichern.

Die enorme Zahl der gesammelten Unterschriften zeigt anschaulich, wie aktiv und motiviert die Basis der SVP sich politisch engagiert. Dieses Engagement zahlt sich direkt aus: Bei Wahlen ist die SVP auf Siegerkurs.

So fielen die kantonalen Wahlergebnisse auch im Jahr 2005 für die SVP mehrheitlich erfreulich aus: Im Kanton Neuenburg zog die SVP erstmals ins kantonale Parlament ein und erreichte auf Anhieb 17 der 115 Parlamentssitze. Damit ist die SVP Kanton Neuenburg gleich von Beginn weg in Fraktionsstärke im Neuenburger Kantonsrat vertreten. Im Kanton Wallis vermochte die SVP ihre Vertretung zu verdreifachen: Neu ist die SVP im Walliser Grossen Rat mit sechs Abgeordneten präsent und verfügt damit ebenfalls über eine eigene Fraktion. Besonders erfreulich ist, dass mit dem jungen Rechtsanwalt Ruppen (Naters) erstmals auch ein Oberwalliser SVP-Vertreter im Kantonsparlament sitzt.

Aufgrund der starken Parlamentsverkleinerungen verlor die SVP im Aargau 26 und im Kanton Solothurn vier Sitze. Während im Kanton Solothurn der Wähleranteil aber um 2,1 Prozent gesteigert werden konnte, verlor die SVP im Aargau 4,2 Prozent ihrer Wähler. Dieses Resultat gilt es in vier Jahren wieder zu korrigieren. Bei den Regierungswahlen hielten sich Erfolg und Misserfolg die Waage: In Luzern zog die SVP mit Daniel Bühlmann erstmals in die neu nur noch fünf Mitglieder zählende Kantonsregierung ein. Dagegen verlor die SVP des Kantons Zürich nach dem Rücktritt von Christian Huber einen Regierungsratssitz an die CVP.

Quasi zum Jahresabschluss fanden am 27. November zwei weitere Urnengänge statt. Für die Vorlage zur Revision des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs) zeichnete die SVP für die überparteiliche Kampagne verantwortlich. Dieser Abstimmungskampf ging – wenn auch knapp – siegreich aus. Ein wichtiger Meilenstein für den Tourismus und die Standortattraktivität der Städte.

Gregor A. Rutz  
Generalsekretär



# I. ERFOLGSBILANZ

## 1. Das Jahr 2005 im Rückblick

### JANUAR

Im Jahr 2005 ist SVP-Bundesrat Samuel Schmid **Bundespräsident**.

Während die anderen Parteien im Januar-Loch stecken, startet die SVP das Jahr 2005 mit der **Unterschriftensammlung für das Referendum gegen Schengen/Dublin**. Gleichzeitig unterstützt die SVP das Referendum der Schweizer Demokraten gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Oststaaten. Schon am 3. Januar führt die SVP eine sehr gut besuchte Medienkonferenz durch und präsentiert die „**Politischen Schwerpunkte im neuen Jahr**“. Für die SVP stehen 2005 die **Unabhängigkeit und Freiheit unserer Schweiz** sowie die **Sicherheit der Bürger im Vordergrund**.

Am 8. Januar findet in La Chaux-de-Fonds (NE) die **Delegiertenversammlung „Personenfreizügigkeit – Chancen und Risiken“** statt. Mit **297:94** Stimmen lehnen die Delegierten die **Erweiterung der Personenfreizügigkeit** ab. Ebenfalls behandelt werden an dieser Delegiertenversammlung Grundsätze eines neuen Positionspapiers für eine **freiheitliche und unternehmerische Landwirtschaft**.



Schon im Vorfeld der Delegiertenversammlung wird in der linken Hochburg La Chaux-de-Fonds zu Demonstrationen aufgerufen. Während die SVP-Delegierten in der gut gesicherten Polyexpo-Halle debattieren, kommt es vor der Halle zu **Ausschreitungen** zwischen etwa 250 verummumten Demonstranten und der Polizei. Es müssen Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt werden. Verletzt wird niemand, jedoch entsteht Sachschaden an einigen Fahrzeugen von Delegierten.

Am 21./22. Januar findet im Hotel Bad Horn in Horn (TG) die „**Bad-Horn-Tagung**“ der SVP statt. Schwerpunktthema ist „**Die Schweiz in 20 Jahren**“. Als Referenten treten Bundespräsident Samuel Schmid, Bundesrat Christoph Blocher und der deutsche Professor Gerd Habermann sowie Dr. Eugen Haltiner (UBS) auf.

## FEBRUAR

Am 8. Februar 2005 informiert die SVP an einer Medienkonferenz über die „**Bruchlandung der Koalition der Vernunft**“ (von der Swissair zur Swiss) und zeigt die Luftverkehrspolitik der SVP sowie die Prioritäten des Bundesrats für die nächsten Jahre auf.

Am Samstag, 19. Februar 2005, findet in Flums (SG) der **5. nationale SVP-Jasscup** statt.

Am 22. Februar führt die SVP eine Medienkonferenz zum Thema „**Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellen**“ durch. Staatliche Eingriffe lindern die Situation auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen kaum. Hauptproblem der Lehrstellensituation sind die abnehmende Qualität der Schulabgänger und die Migration.

## MÄRZ

### **Frühjahrssession 2005 (28. Februar 2005 - 18. März 2005)**

*Bei den Richterwahlen stellt die SVP je einen Kandidaten für das Hauptamt am Eidgenössischen Versicherungsgericht und einen für das Nebenamt am Bundesgericht. Für das Hauptamt wird Hansjörg Seiler nominiert und auch gewählt. Für das Nebenamt nominiert die Fraktion Georges Greiner, der ebenfalls gewählt wird.*

*Das Rüstungsprogramm scheitert am Festhalten des Bundesrats an zwei Transportflugzeugen sowie an der Koalition zwischen SP und SVP, die aus unterschiedlichen Gründen Nein stimmen.*

Eine der wichtigsten aussenpolitischen Abstimmungen dieser Legislatur, die Volksabstimmung über Schengen/Dublin, steht bevor. Der Widerstand gegen das Schengen-Abkommen wächst im ganzen Land. Laut Medienberichten bewegen sich Hunderttausende illegaler Schwarzarbeiter und Krimineller in den Schengen-Ländern. Der Missbrauch von Schengen-Touristenvisa ist enorm.

Werden die Personenkontrollen an den Grenzen abgeschafft, bedeutet dies mehr Kriminalität, mehr Einwanderung und mehr Arbeitslosigkeit. Auch einen massiven Souveränitätsverlust müsste die Schweiz in Kauf nehmen, da Schengen/Dublin die Übernahme von 500 Seiten EU-Recht bedeutet. In der **Suisse Romande** hat sich bereits das erste **Komitee gegen den Schengen-/EU-Beitritt** formiert. Dieses stellt sich an einer Medienkonferenz am 14. März 2005 der Öffentlichkeit vor.

Am 31. März 2005 reicht die SVP gegen **86'000 beglaubigte Unterschriften für ein Referendum gegen den Schengen-Beitritt** ein. Die Unterschriften wurden in weniger als 100 Tagen gesammelt. Die SVP kritisiert, dass die Gemeinden zu viel Zeit für die Beglaubigung in Anspruch nehmen oder nicht nach einheitlichen Kriterien beglaubigen.

## APRIL

Am 2. April 2005 findet im **Mystery Park Interlaken** eine sehr gut besuchte **Delegiertenversammlung** statt. Titel: Schengen bringt mehr Kriminalität und mehr Schwarzarbeit.

Am 5. April startet das Komitee gegen den Schengen-/EU-Beitritt unter Führung der SVP die **Abstimmungskampagne gegen Schengen/Dublin** mit einer Medienkonferenz. Beim Berner Bahnhof wird das „Schengen Nein-Plakat“ in einer Grösse von ein 4x3 Meter enthüllt und der Öffentlichkeit vorgestellt



Am 12. April treten mit dem **Komitee für ein freiheitliches Waffenrecht** die Schützen, Jäger und Waffensammler vor die Medien und starten ihren Abstimmungskampf gegen Schengen/Dublin.

## MAI

**Am 5. Mai 2005 verstirbt unerwartet Nationalrat Christian Speck** (geb. 22. Dezember 1937). Er war von 1995 bis 2005 Aargauer Vertreter im Nationalrat. Christian Speck war Bäckermeister und präsidierte ab 1998 den Schweizerischen Bäcker-Konditorenmeisterverband. Von 1973 bis 1996 war er Gemeindeammann von Oberkulm. Als Nationalrat beschäftigte Speck sich vor allem mit der Energiepolitik. Er sass in den Verwaltungsräten mehrerer Kraftwerksgesellschaften. Sein Nachfolger im Nationalrat ist **Lieni Füglistaller**, welcher am 30. Mai 2005 zu Beginn der Sommersession vereidigt wird.

Am 5. Mai 2005 (die meisten Schweizer erhalten an diesem Tag die Abstimmungsunterlagen) führt die SVP ein **Mediencafé** durch und zeigt auf, wie tadellos das „**Schengen Info-Konzept**“ der Verwaltung umgesetzt wird. Es läuft in diesen Tagen eine beispiellose Inserate- und Artikelschlacht sämtlicher Medien, Parteien und der meisten Verbände pro Schengen/Dublin und gegen die SVP.

Der Abstimmungskampf um Schengen/Dublin erreicht seinen Höhepunkt. Der Bundesrat und andere Schengen-Befürworter verkaufen dem Volk die Vorlage mit dem Argument: „**Schengen bringt mehr Sicherheit.**“ Die SVP fragt, warum Bundesrat und Verwaltung so verbissen für ein Ja kämpfen. Für 1 Promille Verhaftungen mehr im Jahr? Kaum. Es kann nur einen wahren Grund geben: Das lang ersehnte Ziel des **EU-Beitritts** wird mit dem Schengen-Beitritt greifbarer.

Am 8. Mai spricht **Bundesrat Christoph Blocher** als einziger Bundesrat zum 60. Jahrestag des Kriegsendes. Er nutzt die Gelegenheit für eine Rede über die Bedeutung der Grenzen. Dies wird von vielen politischen Gegnern als Aufruf zu einem Nein zu Schengen/Dublin gewertet.

Am 13. Mai treten Polizisten und Grenzwächter des **Komitees Polizisten und Grenzwächter gegen Schengen** teilweise mit Sturmhelmen vermummt vor die Medien. Waren die Polizisten echt? Diese Frage beschäftigte die Medien tagelang.



Am 20. Mai findet im Bundeshaus eine weitere **Medienorientierung** des Aktionskomitees gegen den Schengen-/EU-Beitritt statt. Schengen/Dublin ist im wahrsten Sinne des Wortes ein **Trojanisches Pferd**. Das Abkommen kommt hübsch verpackt und mit lobenden Worten begleitet daher. Doch Schengen ist ein heimtückisches Geschenk. Die Weiterentwicklung des Vertrages – und damit die Folgen für die Schweiz – sind unabsehbar. Nach der Medienkonferenz rollen die National- und Ständeräte der SVP ein 7,6 Meter grosses Trojanisches Pferd auf den Bundesplatz. Während die zahlreich anwesenden Medien über die „vermummten Polizisten“ tagelang berichten, versuchen sie in den Folgetagen, das Trojanische Pferd zu verschweigen. Deshalb entschliesst sich das Abstimmungskomitee, mit dem Trojanischen Pferd auf „Tournée“ durch das ganze Land zu gehen.

## JUNI

Am 5. Juni 2005 entscheidet das Volk mit **54,6 Prozent Ja-Stimmen für Schengen/Dublin**. Die Stimmbeteiligung beträgt hohe 56,63 Prozent. Gleichzeitig sagen die Schweizer mit **58 Prozent Ja zum Partnerschaftsgesetz**. Der Entwurf zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft schafft ein neues Rechtsinstitut, welches zwei Personen gleichen Geschlechts ermöglichen soll, ihre Beziehung rechtlich abzusichern.

Einen Tag nach der verlorenen Schengen-Abstimmung präsentiert die SVP den Medien ein **Papier mit sieben Forderungen**, die sich aus dem Volksentscheid ergeben:

1. Der EU-Beitritt ist kein Ziel der Schweizer Aussenpolitik;
2. Das EU-Beitritts-gesuch wird zurückgezogen;
3. Die Gesetzgebung ist an die neue Aussenpolitik anzupassen;
4. Das Staatsvertragsreferendum wird ausgeweitet;
5. Das Integrationsbüro wird abgeschafft;
6. Es werden Abkommen mit Wachstumsmärkten angestrebt;
7. Der Bundesrat besinnt sich auf die Stärken der Schweiz zurück.

### **Sommersession 2005 (30. Mai – 17. Juni 2005)**

*Zu Beginn der Sommersession würdigt der Rat die unerwartet verstorbenen Nationalräte Christian Speck (SVP) und Jost Gross (SP) mit einer Schweigeminute. Als Nachfolger von Christian Speck wird Lieni Füglistaller vereidigt.*

*Die am härtesten umkämpften Geschäfte der Session sind das Entlastungsprogramm 04 und die Gentechfrei-Initiative. Beim Entlastungsprogramm gelingt es, mit 113:63 einen Nichteintretens- und mit 113:64 Stimmen einen Rückweisungsantrag des linksgrünen Lagers klar abzuschmettern. Dagegen unterliegt die SVP-Minderheit, welche grössere Kürzungen in der Entwicklungs- und Osthilfe verlangt. Die Gentechfrei-Initiative wird im Rat abgelehnt.*

*Die SVP Fraktion macht ihren gemischten Gefühlen über die Rechnung 2004 alle Ehre. Wie angekündigt lehnen 14 SVP-Stimmen die Rechnung ab, 9 enthalten sich und nur 13 stimmen ihr zu. Fast der ganze übrige Rat stimmt sowohl hier wie auch zu den konnexen Bundesbeschlüssen über die Eisenbahngrossprojekte und die ETH zu.*

Am 8. Juli 2005 startet das **Komitee für sichere Arbeitsplätze und solide Sozialwerke** den Abstimmungskampf gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Oststaaten. Das Co-Präsidium des überparteilichen Komitees setzt sich zusammen aus den Nationalräten Ueli Maurer (SVP), Oskar Freysinger (SVP), Ulrich Schlüer (SVP), Jacques Pagan (SVP), Christian Waber (EDU), Attilio Bignasca (Lega), Bernhard Hess (SD), Pirmin Schwander (AUNS), Hans Fehr (AUNS) und Luzi Stamm (AUNS).



Am 18. Juli 2005 greift das **überparteiliche Wirtschafts- und Gewerbekomitee „Nein zur Ost-Zuwanderung“** in den Abstimmungskampf gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit ein.

## AUGUST

Am 5. August präsentiert sich das schweizerische **Komitee „Landwirtschaft gegen Ost-Personenfreizügigkeit“** in Bern den Medien und versucht aufzuzeigen, warum die Erweiterung der Personenfreizügigkeit der Landwirtschaft mehr schadet als nützt.

Die Umsetzung der Agrarpolitik 2007 läuft. Die Veränderungen in der EU und vor allem die Osterweiterung stellen die schweizerische Landwirtschaft vor zusätzliche Herausforderungen. Die WTO-Verhandlungen lassen erahnen, mit welchen Auswirkungen die Landwirtschaft in Zukunft konfrontiert sein wird. Und bereits steht die Vernehmlassung zur „Agrarpolitik 2011“ bevor. Im neuen **Strategiepapier „Für eine unternehmerische Landwirtschaft“** zeigt die SVP am 12. August an einer Medienkonferenz die politischen Zielsetzungen für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre auf.

Das **Comité Romand contre l'immigration de l'est** startet am 15. August seinen Abstimmungskampf gegen die Ost-Personenfreizügigkeit.

Am 20. August verabschieden die Delegierten der SVP auf dem Säntis die **„Agenda 2007“, das Wirtschaftsprogramm der SVP bis 2007.**

Das Komitee für sichere Arbeitsplätze und solide Sozialwerke informiert am 25. August an einer Medienkonferenz über die **Gefahren**, die nach einem Jahr mit der **Personenfreizügigkeit I** (mit den „alten“ EU-Ländern), drohen.

## SEPTEMBER

### ***Herbstsession 2005 (19. September – 7. Oktober 2005)***

*Die Session ist wohl bisher die Erfolgreichste der Legislatur. Es gelingt nicht nur, die Verschärfungen des neuen Asylgesetzes und ein restriktives Ausländergesetz gegen den linken Widerstand durch den Nationalrat zu bringen, sondern es können auch in der IV-Debatte und beim Stromversorgungsgesetz SVP-Akzente gesetzt werden. Quasi zur Krönung schränkt der Ständerat in den letzten beiden Sessionstagen sogar noch das Verbandsbeschwerderecht ein.*

*Bei den Richterwahlen hingegen ist die Bilanz gemischt. Erfreulich ist die Wahl von Theo Bopp zum Präsidenten des Militärkassationsgerichts und von Hans Urech zum Präsidenten des neuen Bundesverwaltungsgerichts. Hingegen ist die SVP mit 9 statt 14 ihr zustehenden Richtern am neuen Gericht vorläufig klar untervertreten, was beim Auftreten von Vakanzten dann zu korrigieren ist. Zum Ausgleich wird der SVP mit Christoph Bandli ein weiterer Sitz in der provisorischen Geschäftsleitung zugestanden.*

Bis Ende 2004 wurden bereits 34 Mrd. Franken zur ausserordentlichen Sanierung der **Pensionskassen des Bundes und seiner Regiebetriebe** aufgewendet und noch immer ist die Finanzierung der Bundes- und bundesnahen Pensionskassen nicht gesichert, teilweise bestehen Existenz gefährdende Unterdeckungen. In einem Positionspapier präsentiert die SVP am 22. September an einer Medienkonferenz eine detaillierte Rückschau auf die bisherigen Sanierungsmassnahmen, die sich stellenden Probleme und erhebt sieben Forderungen zur Lösung. Mit diesem Papier wird den Schweizern erstmals transparent aufgezeigt, dass rund ein Viertel der Bundesschulden aufgrund zu hoher Leistungen der Bundespensionskassen entstanden sind.

Die Abstimmungskampagne gegen die Ost-Personenfreizügigkeit leidet an einer spürbaren Spaltung innerhalb der Partei. Insbesondere Nationalrat Peter Spuhler (TG) setzt sich, entgegen der Parole der SVP, für ein Ja ein. Auch die beiden SVP-Bundesräte sind für die Vorlage. Für die Parteibasis ist der Umgang mit unterschiedlichen Meinungen eher ungewohnt und nicht immer einfach zu verstehen. Das wird bei diesem Urnengang deutlich.

Am 25. September sagen die Schweizer mit **56 Prozent Ja zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens** auf die zehn neuen EU-Staaten. Auch hier kann eine vergleichsweise hohe Stimmbeteiligung von 53,8 Prozent verzeichnet werden.

## OKTOBER

Die bürgerlichen Parteien kommen überein, dass die **Kampagnenführung** für die Änderung des Arbeitsgesetzes bei der SVP liegt, jene gegen das Gentech-Moratorium bei der FDP.

Am 7. Oktober startet das überparteiliche **Komitee „für offene Bahnhöfe und Flughäfen“** unter der Führung der SVP den Abstimmungskampf für die Annahme der „Änderung des Arbeitsgesetzes“.

Am 15. Oktober beschäftigten sich rund 470 Delegierte, Gäste und Medienleute an der **SVP-Delegiertenversammlung in der Linth-Arena Näfels** (GL) mit den beiden Abstimmungsvorlagen des November-Urnengangs. Die Delegierten fassen mit **330:27 Stimmen die JA-Parole** zur „Änderung des Arbeitsgesetzes“ (Ladenöffnungszeiten in den grössten Bahnhöfen und Flughäfen der Schweiz). Bei der Parolenfassung zur Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechfreier Landwirtschaft“ gehen die Wogen höher. Wirtschaftliche Interessen des Forschungsplatzes Schweiz stehen den Interessen eines Teils der Landwirtschaft gegenüber. Entsprechend die Abstimmungsparole: **Mit 109:229 Stimmen wird die NEIN-Parole** gefasst.

Bereits ist die Hälfte der Legislatur vorbei. Am 21. Oktober zieht die SVP an einer **Medienkonferenz Halbzeitbilanz**. Die SVP ist in den ersten zwei Jahren dieser Legislatur weiter gewachsen. In den elf Kantonen, in denen seither Parlamentswahlen stattgefunden haben, konnte sie ihren Wähleranteil mit Ausnahme des Kantons Aargau überall ausbauen. Insbesondere in der Westschweiz, im Tessin und der Innerschweiz, wurde das Wachstum der SVP sicht- und spürbar. Insgesamt rund 5'000 Neumitglieder sind in dieser Zeit registriert und 59 neue Ortsparteien gegründet worden.

Gemäss Umfragen des Gfs-Forschungsinstituts hat die SVP in den wichtigsten Politbereichen die Themenführerschaft übernommen.

Am 26. Oktober startet das überparteiliche **Komitee „Jugend für offene Bahnhöfe“** seinen Abstimmungskampf für ein JA zur Änderung des Arbeitsgesetzes mit einer Pressekonferenz in der Shopville des Zürcher Hauptbahnhofs.

## NOVEMBER

Am 10. November präsentiert sich das **Comité Romand pour des gares et des aéroports animés** in Lausanne-Ouchy den Medien und startet seinen Abstimmungskampf für ein JA zur Änderung des Arbeitsgesetzes.

Am 15. November stellt die SVP das revidierte **Positionspapier „für eine bedrohungsgerechte Milizarmee“** der Öffentlichkeit vor. Mit seinen Beschlüssen vom Mai dieses Jahres läutet der Bundesrat klammheimlich eine neue Armee reform ein. Es heisst, die Armee 08/11 sei eine Optimierung der Armee XXI. Doch jetzt wird klar, dass sie vielmehr eine veritable Grossreform ist. Immer mehr der Armee zugewandte Kreise beobachten die Entwicklungen kritisch und stellen sich hinter die Stossrichtung der SVP.



Am 18. November reicht die SVP die **Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen** mit 103'017 beglaubigten Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Bei einer ersten Grobzählung der Unterschriften stellt die Bundeskanzlei fehlende sowie mehrfach vorhandene Unterschriften fest und lässt durch den Bundesrat eine detaillierte Nachzählung anordnen. (Diese ergibt, dass schlussendlich 100'038 gültige Unterschriften eingereicht worden sind und die Initiative mit dem bisher knappsten Sammelergebnis zustande gekommen ist.)

Bis Ende dieses Jahres wird der Bund einen Schuldenberg von rund 130 Mrd. Franken angehäuft haben. Und die Botschaft des Bundes zum Voranschlag 2006 sieht erneut über zwei Mrd. Franken neue Schulden vor. Die Mitte-Links-Parteien reden zwar regelmässig vom Sparen, sorgen dann aber für weitere Schulden. Die Schweiz hat in Wirklichkeit nie gespart. Sie lebt mit der Kreditkarte der jüngeren Generationen. Die SVP trägt diese Schuldenwirtschaft nicht mehr mit. Wenn im Voranschlag 2006 keine „schwarze Null“ resultiert, wird die SVP-Fraktion im Nationalrat das gesamte Budget zurückweisen. Dies gibt die SVP am 25. November an einer Medienkonferenz bekannt und stellt sogleich das **Forderungspapier „Gesunde Staatsfinanzen als Voraussetzung für höheres Wirtschaftswachstum“** vor.

Bei der **Volksabstimmung** vom 27. November sagen die Stimmbürger mit 55,7 Prozent **Ja zur Gentechfrei-Initiative**. Ebenfalls sagen sie **Ja zur Änderung des Arbeitsgesetzes**, jedoch nur mit knappen 50,6 Prozent.

## DEZEMBER

Am 3. Dezember findet in der Bärenmatte Suhr (AG) eine **ausserordentliche Delegiertenversammlung** zum Thema „**13 Jahre nach dem EWR: Europapolitische Standortbestimmung**“ statt. Bundespräsident Samuel Schmid referiert über die Haltung des Bundesrats zur EU, 13 Jahre nach dem EWR. Bundesrat Christoph Blocher nutzt die Gelegenheit, um über den Stellenwert der schweizerischen Unabhängigkeit zu sprechen. Die Delegierten verabschieden die zehn Forderungen des Papiers „Chance Schweiz: Stärke durch Unabhängigkeit“.

### **Wintersession 2005 (28. November – 16. Dezember 2005)**

*Die SVP kann in dieser Session zwei Premieren verzeichnen. Zum einen wird mit Nationalrat André Bugnon für die SVP erstmals ein Vertreter der Suisse Romande zum zweiten Vizepräsidenten des Nationalrats und damit künftigen höchsten Schweizer gewählt. Zum anderen nimmt mit Ständerat Christoffel Brändli erstmals überhaupt ein SVP-Vertreter Einsitz im Präsidium des Ständerates. Anlässlich des Fraktionsesses wird das Präsidialjahr von Bundesrat Samuel Schmid gewürdigt.*

*Nach dem Ancienitäs-Prinzip ist die Reihe für das Bundespräsidium an Bundesrat Leuenberger. Die SVP-Fraktion verweist im Vorfeld der Wahl auf die gewichtigen, im UVEK hängigen Geschäfte, die es Bundesrat Leuenberger unmöglich machen, auch noch die zusätzlichen Verpflichtungen eines Bundespräsidenten zu übernehmen. Sie schlägt daher vor, Leuenberger zu überspringen und die turnusgemäss folgende Bundesrätin Calmy-Rey zu wählen. Der Vorschlag erreicht allerdings keine Mehrheit.*

*Bei den Geschäften steht für die SVP die Budgetdebatte im Vordergrund. Die geplante „schwarze Null“ kann nicht durchgesetzt werden, da es letztlich doch an bürgerlicher Konsequenz im Parlament fehlt. Die SVP lehnt somit das Budget 2006 wie angekündigt grossmehrheitlich ab. Als Erfolg darf hingegen das Ja zu den Revisionen des Asyl- und des Ausländergesetzes in der Schlussabstimmung gewertet werden. Das Referendum von Links lässt allerdings nicht lange auf sich warten.*

## 2. Vorstösse der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion wurden im Berichtsjahr 16 **Parlamentarische Initiativen**, 75 **Motionen**, 21 **Postulate**, 112 **Interpellationen** und 24 **Einfache Anfragen** eingereicht. Die komplette Übersicht der Vorstösse können Sie im Internet [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelner Ratsmitglieder, Datum oder Thema abrufen.

## 3. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2005 hat die SVP an **55 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Bundesgesetz über den Patentanwaltsberuf; informelle Konsultation
- Revision des Patentgesetzes / Zweites Vernehmlassungsverfahren
- Massnahmen zur Einhaltung der Reduktionsziele nach dem CO<sub>2</sub>-Gesetz
- Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 21. Juni 1996
- Bundesbeschluss über die Genehmigung des Haager Übereinkommens über das auf Trusts anzuwendende Recht und über ihre Anerkennung
- II. Teilbericht der vom Bundesrat eingesetzten Expertenkommission „Sanktionen in der Finanzmarktaufsicht“
- Revision des Urheberrechtsgesetzes
- Revision des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA); Schlussbericht der Projektorganisation zur Ausführungsgesetzgebung
- Departementsverordnung des EDI zum neuen Chemikalienrecht
- Vereinfachung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Verhinderung von Missbräuchen durch eine Präzisierung des Verbandsbeschwerderechts
- Bundesgesetz über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative
- Revision der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte
- Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Anwendung polizeilichen Zwangs im Bereich des Ausländerrechts und der Häftlingstransporte im Auftrag des Bundes
- Parlamentarische Initiative (Bürgerrechtsgesetz. Änderung)
- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) - Verkehrsmanagement Schweiz (VM-CH 2008)
- Änderung der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) im Zuge der 1. BVG-Revision (3. Paket)
- Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2) / Gastbetriebe
- Anhörung zur Teilrevision der Handelsregisterverordnung (Anpassung infolge Änderungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches im Bereich des Stiftungsrechts)
- Erläuternder Bericht über die Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière sur la lutte contre le blanchiment de capitaux

- Entwurf zur Änderung der Verordnung über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung
- Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes betreffend die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Provider und die Kompetenzen des Bundes bei der Verfolgung strafbarer Handlungen mittels elektronischer Kommunikationsnetze (Netzwerkkriminalität)
- Bundesgesetz über Gebühren und Abgaben im Bereich des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
- Erlass und Anpassung der Ausführungserlasse zum teilrevidierten Fachhochschulgesetz
- Vorentwurf des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes
- Änderung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz, BGFA)
- Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
- Verordnung über das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung
- Anhörungsverfahren zur Übernahme des EG-Hygienerichts im Lebensmittelbereich und Neustrukturierung des Ordnungsrechts zum Lebensmittelgesetz
- Fonds für Agglomerationsverkehr und Nationalstrassen (Infrastrukturfonds)
- Pa. Iv. Nationalrat (Fraktion C). Postorganisationsgesetz. Änderung
- 11. AHV-Revision (Leistungsrevision)
- Teilrevision des Raumplanungsrechts
- Bericht der Expertenkommission „Um- und Durchsetzung der Steuerharmonisierung“
- Vorentwurf zu einem Gesetz betreffend die Überprüfung und Stärkung des gewerblichen Bürgerschaftswesen
- Einführung des biometrischen Passes
- Vorentwurf zur Änderung des Gesetzes und der Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige
- Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Teilrevision. Verbesserung des Risikoausgleichs
- Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (KIG)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege: Abgeltung der ausserordentlichen Kosten kantonaler Organe bei ihrer Tätigkeit als gerichtliche Polizei des Bundes
- Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege: Aufsicht über die Bundesanwaltschaft
- Bundesgesetz über die Kulturförderung des Bundes (Kulturförderungsgesetz, KFG)
- Totalrevision des Bundesgesetzes betreffend die Stiftung „Pro Helvetia“ (Pro Helvetia-Gesetz, PHG)
- Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung von Übereinkommen zur Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie
- Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Psychologieberufe (Psychologieberufegesetz; PsyG)
- Teilrevision des Bundesgesetzes über den Wald (Waldgesetz, WaG)

- Anpassung der Asylstrukturen, den Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen und weiterer Verordnungen
- Vorentwurf des Berichtes des Bundesrats über die Situation der Fahrenden in der Schweiz
- Anpassung der Vollzugsbestimmungen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
- Bundesgesetz über Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeolG)
- Entsorgungsnachweis BE/HAA/LMA (Projekt Opalinuston Zürcher Weinland)
- Agrarpolitik 2011 – Weiterentwicklung der Agrarpolitik
- Ergänzende Massnahmen im Bereich des Strafrechts zur Umsetzung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes
- Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung
- Innerstaatliche Umsetzung des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OP-CAT)

#### 4. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2005 werden sechs Positionspapiere erarbeitet:

Februar	Lehrstellen statt Amtsstellen – für einen freiheitlichen, leistungsorientierten Arbeitsmarkt
August	Für eine unternehmerische Landwirtschaft
September	Sanierung der Bundes- und bundesnahen Pensionskassen
November	Für eine bedrohungsgerechte Milizarmee (überarbeitete Version)
November	Gesunde Staatsfinanzen als Voraussetzung für höheres Wirtschaftswachstum
Dezember	Chance Schweiz: Stärke durch Unabhängigkeit

#### 5. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen

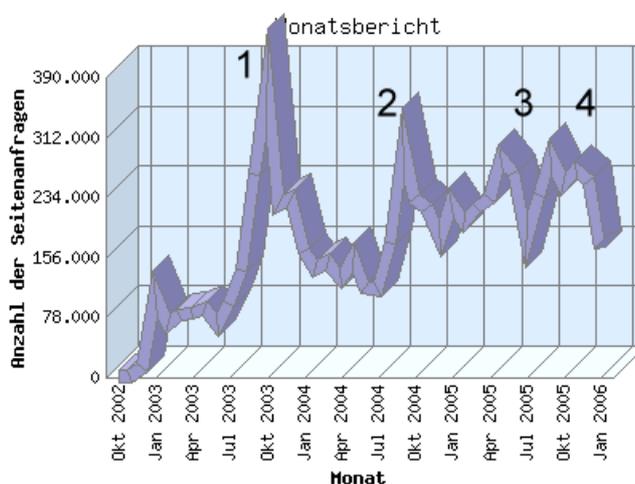
2005 veröffentlicht die SVP **100 Pressecommuniqués** (*Vorjahr 84*). Im Berichtsjahr werden zusätzlich **53 Ausgaben des Pressedienstes** hergestellt und verschickt, davon eine Sonderausgabe zur Abstimmung Schengen/Dublin. Wie immer werden 2005 **zwölf Ausgaben der Parteizeitung SVPja** publiziert. Die Auflage beträgt 53'500 Exemplare.

Im Jahr 2005 führt die SVP **15 Medienkonferenzen** durch. Medienkonferenzen finden statt zu:

- 03.01.2005 Politische Schwerpunkte der SVP im Jahr 2005
- 08.02.2005 Swiss: Erneute Bruchlandung verhindern!
- 22.02.2005 Die SVP zeigt auf, woran der Lehrstellenmarkt wirklich krankt
- 14.03.2005 Westschweizer kämpfen gegen Schengen-Beitritt
- 31.03.2005 Schengen-Referendum mit über 85'000 Unterschriften eingereicht
- 05.04.2005 Start der Abstimmungskampagne gegen Schengen/Dublin
- 06.05.2005 Schengen: Offensichtliches Ziel EU-Beitritt!
- 20.05.2005 Schengen/Dublin – ein Trojanisches Pferd!
- 06.06.2005 Neuausrichtung der Schweizer Aussenpolitik
- 12.08.2005 Für eine unternehmerische Landwirtschaft
- 22.09.2005 Sanierung der Bundes- und bundesnahen Pensionskassen
- 21.10.2005 SVP-Halbzeitbilanz der Legislatur 03-07
- 15.11.2005 Neuausrichtung der Schweizer Armee
- 18.11.2005 Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen eingereicht
- 25.11.2005 Finanzen als Voraussetzung für höheres Wirtschaftswachstum

## 6. Internet

Die Anzahl Seitenaufrufe seit 2002 bei [www.svp.ch](http://www.svp.ch) wächst. Mit 381'175 aufgerufenen Inhaltsseiten bringt der Monat Oktober 2003 (Wahlen) die meisten Besucherinnen und Besucher auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch) (Ziffer 1 in Grafik). Zweitbesten Monat ist der September 2004 (Abstimmung über Einbürgerungsvorlagen). Die Abstimmungen des Jahres 2005 über Schengen/Dublin (s. Ziffer 3 in Grafik) und die Ost-Personenfreizügigkeit (s. Ziffer 4 in Grafik) bringen weitere Spitzenmonate mit 285'072 respektive 287'261 abgerufenen Seiten. Im Jahr 2005 werden 3,5 Mio. Seiten besucht (*Vorjahr 1,5 Mio.*).



## II. PARTEIORGANE

### 1. Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus 750 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei.

Delegiertenversammlung vom 8. Januar 2005 in La Chaux-de-Fonds (NE)

#### **Parolen zur Volksabstimmung vom 25. September 2005**

Bundesrat Christoph Blocher erklärt die Haltung des Bundesrats bezüglich der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Oststaaten. Es werden an der DV Grundsätze für ein neues Positionspapier zur Landwirtschaft behandelt.

#### **Parolenfassung**

Mit 94 : 297 Stimmen wird die Nein-Parole zur Ost-Personenfreizügigkeit beschlossen.

Delegiertenversammlung vom 2. April 2005 in Interlaken (BE)

#### **Schengen bringt mehr Kriminalität und Schwarzarbeit**

Neben mehreren Referenten, welche die negativen Auswirkungen von Schengen auf Schwarzarbeit und Kriminalität darlegen, referiert Dr. Udo Ulfkotte (Frankfurt a.M.) als Gast. Wie bereits in seinem Buch "Grenzenlos kriminell" beschrieben, legt der Sicherheitsspezialist offen, dass Drogenhandel, Geldwäscherei und sonstige Aktivitäten der organisierten Kriminalität vor der EU-Aussengrenze schon lange nicht mehr Halt machen, sondern vielmehr durch die Osterweiterung der EU noch verstärkt werden.

Delegiertenversammlung vom 20. August 2005 auf dem Säntis

#### **Das Wirtschaftsprogramm der SVP bis 2007**

Die SVP will handeln: Die schweizerische Wirtschaft soll wachsen – und nicht der Staat und die Verwaltung! Die Betriebe und Unternehmungen sollen sich auf ihre wirtschaftlichen Ziele konzentrieren und sich nicht in erster Linie mit Bürokratie und Formularen herumschlagen müssen. Eine florierende Wirtschaft sichert Arbeitsplätze und Wohlstand – deshalb gilt es, Leistung und Produktivität zu erhöhen. Als Partei des Mittelstandes, des Gewerbes und der Wirtschaft kämpft die SVP konsequent für gute Rahmenbedingungen. Mit der „**Agenda 2007**“ macht die SVP dem Bundesrat, dem Parlament und den anderen Parteien elf konkrete Vorschläge, wo es in den kommenden zwei Jahren anzupacken gilt. Die „Agenda 2007“ wird einstimmig angenommen.

Delegiertenversammlung vom 15. Oktober 2005 in Näfels (GL)

## **Parolen zur Volksabstimmung vom 27. November 2005**

Die Nationalräte Peter Föhn (SVP) und André Daguét (SP) sprechen für und gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes, welches die Öffnungszeiten der Verkaufsläden in den grösseren Bahnhöfen und Flughäfen der Schweiz sichert.

Die Nationalräte Josef Kunz (SVP) und Hansruedi Wandfluh (SVP) referieren für und gegen die zweite Abstimmungsvorlage, die Volksinitiative für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft.

### **Parolenfassung**

Mit 330:27 Stimmen wird die Ja-Parole zur Änderung des Arbeitsgesetzes beschlossen.  
Mit 109:229 Stimmen wird die Nein-Parole zur Gentechnikfrei-Initiative beschlossen.

Ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 3. Dezember 2005 in Suhr (AG)

## **13 Jahre nach dem EWR: Europapolitische Standortbestimmung**

Bundespräsident Samuel Schmid referiert über die Haltung des Bundesrats zur EU, 13 Jahre nach dem EWR und nach den beiden europapolitischen Abstimmungen dieses Jahres. Bundesrat Christoph Blocher nutzt die Gelegenheit um über den Stellenwert der schweizerischen Unabhängigkeit zu sprechen. Die Delegierten beschliessen einstimmig die zehn SVP-Forderungen des Papiers „**Chance Schweiz: Stärke durch Unabhängigkeit**“.

## 2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 106 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1: (Stand: 31.12.2005)

Parteipräsident	NR Ueli Maurer, ZH
Vizepräsidenten	NR Toni Brunner, SG
	NR Jean Fattebert, VD
	Sylvia Flückiger, AG
Vertreter der SVP im Bundesrat	BR Christoph Blocher, ZH
	BR Samuel Schmid, BE
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader, BL
Generalsekretär	Gregor A. Rutz, ZH
Präsidentin SVP Frauen	Rita Gyga, BE
Präsident SVP Senioren	NR Hanspeter Seiler, BE
Präsident SVP International	Rolf B. Schudel
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Lüpold
	AI Bruno Lindenmann Emil Mock
	AR Jakob Freund
	BE NR Hermann Weyeneth
	BL Dieter Spiess
	BS Angelika Zanolari
	FR Jean-Luc Rimaz
	GE NR Jacques Pagan
	GL Peter Rothlin
	GR Barbara Janom Steiner
	JU Roland Koller
	LU NR Otto Laubacher
	NE NR Yvan Perrin
	NW Peter Wyss
	OW Albert Sigrist
	SG NR Toni Brunner
	SH Werner Bolli
	SO Heinz Müller
	SZ NR Pirmin Schwander
	TG Martin Stuber

	TI	Paolo Wicht
	UR	Paul Dubacher
	VD	Pascal Dessauges
	VS	Raphaël Filliez (Unterwallis)
	VS	Franz Ruppen (Oberwallis)
	ZG	NR Marcel Scherer
	ZH	Ursula Moor a.i.
	JSVP	Joël Thüring

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	- Hans-Peter Wüthrich - Lieni Füglistaller - Roger Fricker
AI	- Hans Brülisauer
AR	- Edgar Bischof
BE	- NR Adrian Amstutz - Jolanda Brunner - Judith Renner Bach - Franziska Schluep - Christoph Neuhaus
BL	- Rudolf Furrer - Thomas de Courten
BS	- NR Jean Henri Dunant - Andreas Ungricht
FR	- Daniel C. Schär - Daniel Streich
GE	- Pierre Schifferli - Robert Iselin
GL	- Ernst Luchsinger
GR	- NR Brigitta Gadiant - NR Hansjörg Hassler
JU	- Philippe Müller
LU	- René Kuhn
NE	- Frédéric Guyot - Walter Willener

NW	- Jörg Genhart
OW	- Adrian Halter
SG	- Stefan Kölliker - Markus Straub - NR Theophil Pfister
SH	- SR Hannes Germann
SO	- Beat Ehram - NR Walter Wobmann
SZ	- Ueli Brügger - Therese Fuchs
TG	- Hermine Hascher - NR Hansjörg Walter
TI	- Eros Mellini
UR	- Gusti Planzer
VD	- Nathalie Falcone - Gérald Nicod - Claude-Alain Voiblet
VS	- Fredy Ursprung (Oberwallis) - NR Oskar Freysinger (Valais romand)
ZG	- Vreni Althaus
ZH	- NR Max Binder - NR Toni Bortoluzzi - RR Rita Fuhrer - NR Ernst Schibli - NR Ulrich Schlüer - Claudio Zanetti - Josephine Bianda
JSVP	- Desirée Stutz - Erich Hess

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2:  
(Höchstens 15 weitere Mitglieder)

BE	- NR Ursula Haller
GR	- Reto Rauch
LU	- Hannes Estermann - NR Otto Laubacher
SG	- NR Jasmin Hutter - Marianne Steiner
SH	- Cornelia Stamm Hurter
SO	- Ernest Cavin
VD	- Michaël Buffat
ZH	- NR Christoph Mörgeli - NR Hans Fehr - Esther Weber

### 3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten. (Stand 31.12.2005)

Der Präsident der SVP Schweiz	NR Ueli Maurer
Die drei Vizepräsidenten	NR Toni Brunner
	NR Jean Fattebert
	Sylvia Flückiger
Die Vertreter im Bundesrat	BR Christoph Blocher
	BR Samuel Schmid
Der Fraktionspräsident	NR Caspar Baader
Der Generalsekretär	Gregor A. Rutz
Die Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	Ursula Moor, ZH (a.i.)
	NR Hermann Weyeneth, BE
	Thomas Lüpold, AG
	NR Toni Brunner, SG
	NR Otto Laubacher, LU
	Pascal Dessauges, VD
Die Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Rita Gygax-Schwarz
Der Präsident SVP Senioren Schweiz	aNR Hanspeter Seiler
Der Präsident Junge SVP Schweiz	Joël Thüring
Beisitzer Büro LA	NR Adrian Amstutz
Vertreter der Suisse romande	NR Jacques Pagan
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini
Vertreterin der romanischen Schweiz	Barbara Janom Steiner
Weitere Mitglieder	Michèle Blöchliger SR This Jenny NR Otto Laubacher NR Christoph Mörgeli NR Hans Fehr NR Hansjörg Walter Angelika Zanolari

#### 4. Büro des Leitenden Ausschusses

Das Büro des Leitenden Ausschusses (Büro LA) setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen. (Stand: 31.12.2005)

<b>Funktion</b>	<b>Mitarbeiter / Mitarbeiterin</b>
Der Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Ueli Maurer
Der Vizepräsident	Nationalrat Toni Brunner
Der Vizepräsident	Nationalrat Jean Fattebert
Die Vizepräsidentin	Grossrätin Sylvia Flückiger
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Caspar Baader
Der Generalsekretär	Gregor A. Rutz
Beisitzer	Nationalrat Adrian Amstutz

#### 5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Im Berichtsjahr arbeiteten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Generalsekretariat: (Stand: 31.12.2005)

<b>Funktion</b>	<b>Mitarbeiter / Mitarbeiterin</b>
Generalsekretär	Rutz Gregor A., Küsnacht (ZH)
stv. Generalsekretärin	Panayides Aliko M., Ostermundigen (BE)
Pressesprecher	Jäggi Roman S., Fuluibach (SO)
stv. Pressesprecher	Glauser Simon, Bern
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Grünenfelder Jeannine, Wangs (SG)
	Porchet Thomas, Winterthur (ZH)
	Martin Urs, Oberaach (TG)
Coordinatrice UDC Romandie	Demont Gilberte, Murten (FR)
Schulung/Frauen	Kaufmann Ilse, Bülach (ZH)
Sekretariatsleitung	Küng Rahel, Dudingon (FR)
Sekretariat / Fraktionsassistentin	Kürschner Daniela, Thörishaus (BE), ab 7.2.
Sekretariat	Rebora Susanne, Schliern (BE)
Projektbeauftragter	Zollinger Markus, Zürich (ZH)

## 5. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

### Bundesräte

- Schmid Samuel, Vorsteher VBS, Rüti b. Büren (BE); gewählt am 6.12.2000; im Amt seit 1.1.2001
- Blocher Christoph, Vorsteher EJPD, Herrliberg (ZH); gewählt am 10.12.2003, im Amt seit 1.1.2004

### Bundespräsident 2005

- Bundesrat Samuel Schmid, Rüti b. Büren (BE)

### Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2005)

AG	Giezendanner Ulrich, Rothrist Glur Walter, Glashütten Mathys Hans-Ulrich, Holziken Siegrist Ulrich, Lenzburg Speck Christian, Oberkulm († 5.5.) Lieni Füglistaller, Rudolfstetten (ab 30.5.) Stamm Luzi, Baden
BE	Amstutz Adrian, Sigriswil Haller Ursula, Thun Joder Rudolf, Belp Oehrli Fritz Abraham, Teuffenthal Schenk Simon, Trubschachen Schmied Walter, Moutier Wandfluh Hansruedi, Frutigen Weyeneth Hermann, Jegenstorf
BL	Baader Caspar (Fraktionspräsident), Gelterkinden Miesch Christian, Titterten
BS	Dunant Jean Henri, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Pagan Jacques, Genf Reymond André, Veyrier

GR	Gadient Brigitta M., Chur Hassler Hansjörg, Donath
LU	Kunz Josef, Grosswangen Laubacher Otto, Kriens Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Perrin Yvan, La Côte-aux-Fées
SG	Bigger Elmar, Vilters-Wangs Brunner Toni, Ebnat-Kappel Hutter Jasmin, Altstätten Pfister Theophil, Flawil
SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Föhn Peter, Muotathal Schwander Pirmin, Lachen
TG	Baumann J. Alexander, Kreuzlingen Spuhler Peter, Weiningen Walter Hansjörg, Wängi
VD	Bugnon André, Saint-Prex Fattebert Jean, Villars-Bramard Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Scherer Marcel, Hünenberg
ZH	Binder Max, Illnau Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Fehr Hans, Eglisau Kaufmann Hans, Wettswil Keller Robert, Pfäffikon Maurer Ueli, Wernetshausen Mörgeli Christoph, Uerikon Rutschmann Hans, Rafz Schibli Ernst, Otelfingen Schlüer Ulrich, Flaach Stahl Jürg, Winterthur Zuppiger Bruno, Hinwil

**Ständeräte** (Stand: 31.12.2005)

AG	Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick
BE	Lauri Hans, Münsingen
GL	Jenny This, Glarus
GR	Brändli Christoffel, Landquart
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Bürgi Hermann, Dussnang
ZH	Hofmann Hans, Horgen

### III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN

<b>Volksabstimmung vom 5. Juni</b>	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Schengen/Dublin	Nein	Ja	Ja	Ja	54.6 %	45.4 %	-	-	angenommen
Partnerschaftsgesetz	Nein	Ja	Ja	Ja	58.0 %	42.0 %	-	-	angenommen

<b>Volksabstimmung vom 25. September</b>	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Ost-Personenfreizügigkeit	Nein	Ja	Ja	Ja	56.0 %	44.0 %	-	-	angenommen

<b>Volksabstimmung vom 27. November</b>	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Revision Arbeitsgesetz	Ja	Ja	Ja	Nein	50.6 %	49.4 %	-	-	angenommen
Gentechfrei-Initiative	Nein	Nein	Nein	Ja	55.7 %	44.3 %	20+6/2	0	angenommen

## IV. VERTRETUNG DER SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

(Stand 31. Dezember 2005)

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantona- len Wahlen	SVP-Sitze im Kantons- parlament	Total Sitze im Kantonspar- lament
AG	2005	29.3 %	46	140
AI	2000	*	3	49
AR	2002 (alle 3 Jahre)	*	8	65
BE	2002	31.8 %	67	200
BL	2003	21.8 %	20	90
BS	2004	12.0 %	15	130
FR	2001 (alle 5 Jahre)	16.8 %	16	130
GE	2005	9.6 %	11	100
GL	2002	26.6 %	21	80
GR	2003 (alle 3 Jahre)	*	33	120
JU	2002	5.6 %	2	60
LU	2003	21.7 %	26	120
NE	2005	15.0 %	17	115
NW	2002	13.6 %	7	60
OW	2002	14.4 %	7	55
SH	2004	35.6 %	30	80
SO	2005	17.6 %	17	100
SG	2004	24.6 %	45	180
SZ	2004	29.3 %	27	100
TG	2004	32.8 %	47	130
TI	2003	4.6 %	6	90
UR	2004	16.8 %	9	64
VD	2002	12.2 %	22	180
VS	2005	5.8 %	6	130
ZG	2002	21.6 %	18	80
ZH	2003	30.2 %	61	180

\* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

## V. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

SVP Schweiz	<a href="http://www.svp.ch">www.svp.ch</a>	<a href="mailto:gs@svp.ch">gs@svp.ch</a>
AG	<a href="http://www.svp-ag.ch">www.svp-ag.ch</a>	<a href="mailto:info@svp-ag.ch">info@svp-ag.ch</a>
AI	<a href="http://www.svp-ai.ch">www.svp-ai.ch</a>	<a href="mailto:paul@bannwart.org">paul@bannwart.org</a>
AR	<a href="http://www.svp-ar.ch">www.svp-ar.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-ar.ch">sekretariat@svp-ar.ch</a>
BE	<a href="http://www.svp-bern.ch">www.svp-bern.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-bern.ch">sekretariat@svp-bern.ch</a>
BL	<a href="http://www.svp-baselland.ch">www.svp-baselland.ch</a>	<a href="mailto:info@svp-baselland.ch">info@svp-baselland.ch</a>
BS	<a href="http://www.svp-basel.ch">www.svp-basel.ch</a>	<a href="mailto:info@svp-basel.ch">info@svp-basel.ch</a>
FR	<a href="http://www.svp-fr.ch">www.svp-fr.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-fr.ch">sekretariat@svp-fr.ch</a>
GE	<a href="http://www.udc-geneve.ch">www.udc-geneve.ch</a>	<a href="mailto:info@udc-geneve.ch">info@udc-geneve.ch</a>
GL	<a href="http://www.svp-gl.ch">www.svp-gl.ch</a>	<a href="mailto:info@svp-gl.ch">info@svp-gl.ch</a>
GR	<a href="http://www.svp-gr.ch">www.svp-gr.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-gr.ch">sekretariat@svp-gr.ch</a>
JU	<a href="http://www.udc-jura.ch">www.udc-jura.ch</a>	<a href="mailto:secretariat@udc-jura.ch">secretariat@udc-jura.ch</a>
LU	<a href="http://www.svp-lu.ch">www.svp-lu.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-lu.ch">sekretariat@svp-lu.ch</a>
NE	<a href="http://www.udc-ne.ch">www.udc-ne.ch</a>	<a href="mailto:secretariat@udc-ne.ch">secretariat@udc-ne.ch</a>
NW	<a href="http://www.svp-nw.ch">www.svp-nw.ch</a>	<a href="mailto:info@svp-nw.ch">info@svp-nw.ch</a>
OW	<a href="http://www.svp-ow.ch">www.svp-ow.ch</a>	<a href="mailto:info@svp-ow.ch">info@svp-ow.ch</a>
SH	<a href="http://www.svp-sh.ch">www.svp-sh.ch</a>	<a href="mailto:info@svp-sh.ch">info@svp-sh.ch</a>
SG	<a href="http://www.svp-stgallen.ch">www.svp-stgallen.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-stgallen.ch">sekretariat@svp-stgallen.ch</a>
SO	<a href="http://www.svp-so.ch">www.svp-so.ch</a>	<a href="mailto:info@svp-so.ch">info@svp-so.ch</a>
SZ	<a href="http://www.svp-sz.ch">www.svp-sz.ch</a>	<a href="mailto:yhaas@swissonline.ch">yhaas@swissonline.ch</a>
TG	<a href="http://www.svp-thurgau.ch">www.svp-thurgau.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-thurgau.ch">sekretariat@svp-thurgau.ch</a>
TI	<a href="http://www.udc-ticino.ch">www.udc-ticino.ch</a>	<a href="mailto:info@udc-ticino.ch">info@udc-ticino.ch</a>
UR	<a href="http://www.svp-uri.ch">www.svp-uri.ch</a>	<a href="mailto:svp@svp-uri.ch">svp@svp-uri.ch</a>
VD	<a href="http://www.udc-vaud.ch">www.udc-vaud.ch</a>	<a href="mailto:secretariat@udc-vaud.ch">secretariat@udc-vaud.ch</a>
Oberwallis	<a href="http://www.svpo.ch">www.svpo.ch</a>	<a href="mailto:lukas.jaeger@bluewin.ch">lukas.jaeger@bluewin.ch</a>
Unterwallis	<a href="http://www.udc-valais.ch">www.udc-valais.ch</a>	<a href="mailto:sg@udc-valais.ch">sg@udc-valais.ch</a>
ZG	<a href="http://www.svp-zug.ch">www.svp-zug.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-zug.ch">sekretariat@svp-zug.ch</a>
ZH	<a href="http://www.svp-zuerich.ch">www.svp-zuerich.ch</a>	<a href="mailto:sekretariat@svp-zuerich.ch">sekretariat@svp-zuerich.ch</a>